
Kapitalismus-Kritik? Wir machen ernst!

DIELINKSPARTEI WÄHLEN – WERDE AKTIV BEI DER WASG

Mit den Hartz-Gesetzen wurden Millionen Menschen, Langzeiterwerbslose und ihre Familien in die Armut getrieben. Viele Menschen, darunter sehr viele Frauen, haben jeden Anspruch auf Leistungen bei Arbeitslosigkeit verloren und verlieren damit jede persönliche Freiheit.

Es ist deutlich, dass alle Konzepte von SPD, Grünen, CDU/CSU und FDP nicht dazu dienen Arbeitsplätze zu schaffen, sondern nichts anderes darstellen als ein gemeinschaftlicher Raub an der Mehrheit der Bevölkerung. Milliarden von Euro wurden den Erwerbslosen und ihren Familien, aber auch den Arbeitenden in den letzten Jahren aus der Tasche gezogen. Doch Arbeitsplätze gibt es keine, ganz im Gegenteil: Die Arbeitslosigkeit steigt weiter und weiter, während die die Arbeit haben, länger für weniger Geld arbeiten müssen.

Arbeitsplätze für Alle schaffen

Der Irrsinn des Kapitalismus ist, dass die Gesellschaft auf die Fähigkeiten und die Arbeitskraft von Millionen Menschen verzichten muss, damit die Reichen in diesem Land immer sich die Taschen stopfen können.

Die Gesellschaft würde reicher und nicht ärmer, wenn erwerbslose BauarbeiterInnen Wohnungen bauen oder erwerbslose BusfahrerInnen für einen verbesserten öffentlichen Nahverkehr eingesetzt werden könnten.

Allein im öffentlichen Dienst wurden seit 1991 fast 1,5 Millionen Arbeitsplätze abgebaut. In den Bereichen Bildung, öffentliche Dienstleistungen, Pflege und Gesundheitswesen muss der Personalabbau der vergangenen Jahre rückgängig gemacht werden. Die WASG setzt sich für den massiven Ausbau des öffentlichen Dienstes ein. Mit 30 Milliarden Euro pro Jahr wollen wir eine Million tariflich abgesicherter Arbeitsplätze pro Jahr schaffen.

Wir brauchen radikale Arbeitszeitverkürzung auf eine 35-Stunden-Woche mit vollem Lohn- und Personalausgleich als ersten Schritt mit dem Ziel der 30-Stunden-Woche. Warum sollen die einen krank vor Arbeitslosigkeit und die anderen krank vor Überarbeitung werden? Wir sind für die Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle. Da die Arbeitsproduktivität Jahr für Jahr steigt, pro Beschäftigtem also jährlich mehr Waren und Dienstleistungen hergestellt werden können, ist Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich möglich und kann ein Teil der Umverteilung werden – endlich von oben nach unten!

Politik für Reiche beenden und Umverteilung umkehren

Seit 1998 ist das Privatvermögen in Deutschland immer weiter gewachsen und beträgt zirka fünf Billionen Euro. 60.000 Menschen verdienen heute mehr als 1 Million Euro im Jahr, vor zehn Jahren waren es nur 20.000. Diese 60.000 bekommen jetzt 106.000 Euro pro Jahr mit der Einkommensteuerreform geschenkt.

Gleichzeitig lag der Anteil der Armen im Jahr 2003 bei 13,5 Prozent, fünf Jahre zuvor waren es noch 12,1 Prozent. Mit

Arbeitslosengeld II sind und werden es immer mehr.

Die öffentlichen Kassen wurden geplündert und die Gewinne der großen Unternehmen stiegen. Das ist kein Zufall, sondern das Ergebnis bewusster politischer Entscheidungen. Die Unternehmenssteuern wurden gesenkt, der Spitzensteuersatz

ebenfalls.

Das Problem der öffentlichen Haushalte sind nicht die Ausgaben, diese haben sich gemessen am Bruttosozialprodukt in den letzten 25 Jahren nicht erhöht. Das Problem sind die Einnahmen. Wenn die Steuergeschenke zugunsten von Daimler, Siemens, Bayer, Vodafone, Telekom und den Millionären in diesem Lande zurückgenommen würden, wären viele Milliarden Euro mehr in den öffentlichen Kassen.

Die WASG will diese Politik umkehren und das Geld von oben nach Unten umverteilen. Wir wollen ran an die Profite der Banken und Konzerne. Die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung können nur dann durchgesetzt werden, wenn die Wirtschaft demokratisch in ihrem Interesse gesteuert wird. Wenn die Menschen selbst bestimmen was in dieser Gesellschaft passiert und nicht das Kapital.

Die WASG fordert:

- ... Weg mit allen Hartz-Gesetzen, Schluss mit der Agenda 2010
- ... eine gesetzliche Mindestsicherung von 750 Euro plus Warmmiete für Alle
- ... einen gesetzlichen Mindestlohn von 1.500 Euro pro Monat für Alle
- ... Wiedereinführung der Vermögenssteuer (nur 1% auf das Vermögen bei einem Freibetrag von 500.000 Euro brächte jährlich 16 Milliarden in die öffentlichen Kassen)
- ... drastische Erhöhung des Spitzensteuersatzes
- ... 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich als erster Schritt zu weiterer Arbeitszeitverkürzung
- ... Senkung der Lebensarbeitszeit – volle Rente ab 60
- ... Bereitstellung von jährlich 30 Milliarden € zur Schaffung von 1 Million zusätzlicher Arbeitsplätze zu tariflichen Bedingungen im öffentlichen Dienst

**Deshalb: Am 18. September DIE
LINKSPARTEI wählen.
Werde Mitglied der WASG und
unterstütze uns im Kampf gegen
den Neoliberalismus!**

V.i.S.d.P.: Patrik Schulte, Eichendorffstr. 40,
27576 Bremerhaven

Kontakt: 04 71/ 9 52 09 92 oder

E-Mail: patrik_schulte@web.de